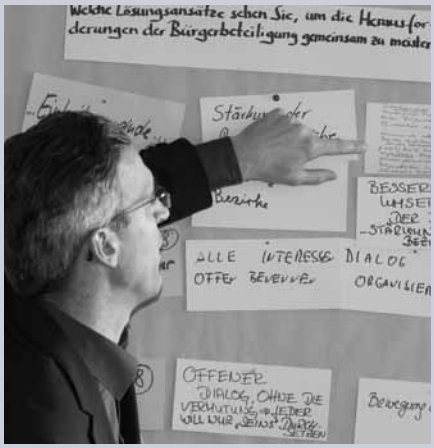
11. BEP-Workshop
Bezirksamt Eimsbüttel
1. Juni 2012

BEP



Gemeinsam für ein lebenswertes Eimsbüttel
Bürgerinitiativen, Politik und Verwaltung im Dialog

Hamburg

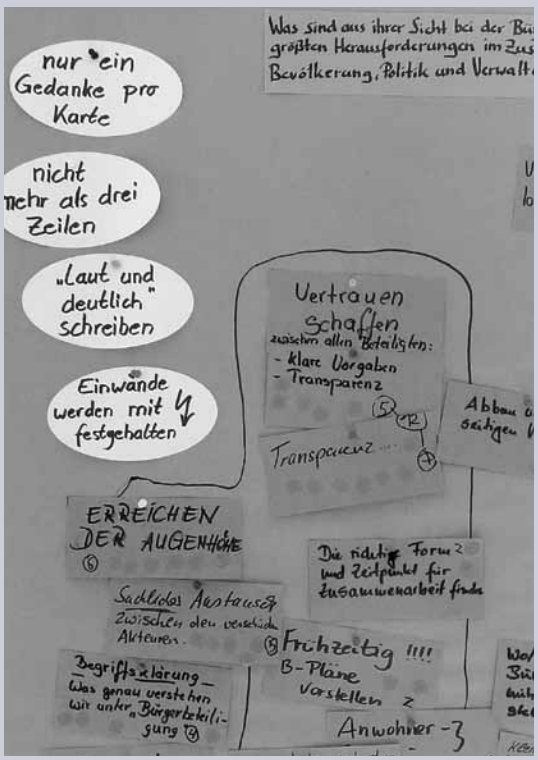
11. BEP-Workshop
Bezirksamt Eimsbüttel
1. Juni 2012

BEP

Gemeinsam für ein lebenswertes Eimsbüttel

Bürgerinitiativen, Politik und Verwaltung im Dialog

Hamburg


nur ein Gedanke pro Karte
nicht mehr als drei Zeilen
„Laut und deutlich" schreiben
Einwände werden mit festgehalten
Vertrauen schaffen
- klare Vorgaben
- Transparenz
Transparenz
ERREICHEN DER AUGENHÖHE
Frühzeitig !!!!
B-Pläne vorstellen
Anwohner

Inhalt

7 **Einführung der Arbeitsgruppe Bezirksentwicklungsplanung des Bezirkamtes Elmsbüttel**

8 **Begrüßung**

8 Dr. Torsten Sevecke, Bezirksamtsleiter des Bezirksamtes Eimsbüttel, Freie und Hansestadt Hamburg
10 Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie, Wedel

11 **Drei Vorträge – Drei Perspektiven: Politik, Verwaltung und Bürgerinitiativen**

12 Dr. Willfried Maier, ehemals Senator für Stadtentwicklung, Bundes- und Europaangelegenheiten
14 Dr. Jochen Hucke, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin
16 Manuel Humburg, Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.

19 **Arbeitsgruppenergebnisse des BEP-Workshops 2012**

20 *Ergebnisse der Arbeitsgruppen aus der Kritikphase*
21 Arbeitsgruppe 1 (Moderation: Jan Philipp Stephan / Axel Vogt)
22 Arbeitsgruppe 2 (Moderation: Barbara Strauß / Kay Gätgens)
22 Arbeitsgruppe 3 (Moderation: Urban Conradi / Christoph Thiele)
23 Arbeitsgruppe 4 (Moderation: Michael Freitag)

24 *Ergebnisse der Arbeitsgruppen aus der Perspektivphase*
25 Arbeitsgruppe 1 (Moderation: Jan Philipp Stephan / Axel Vogt)
26 Arbeitsgruppe 2 (Moderation: Barbara Strauß / Kay Gätgens)
27 Arbeitsgruppe 3 (Moderation: Urban Conradi / Christoph Thiele)
28 Arbeitsgruppe 4 (Moderation: Michael Freitag)

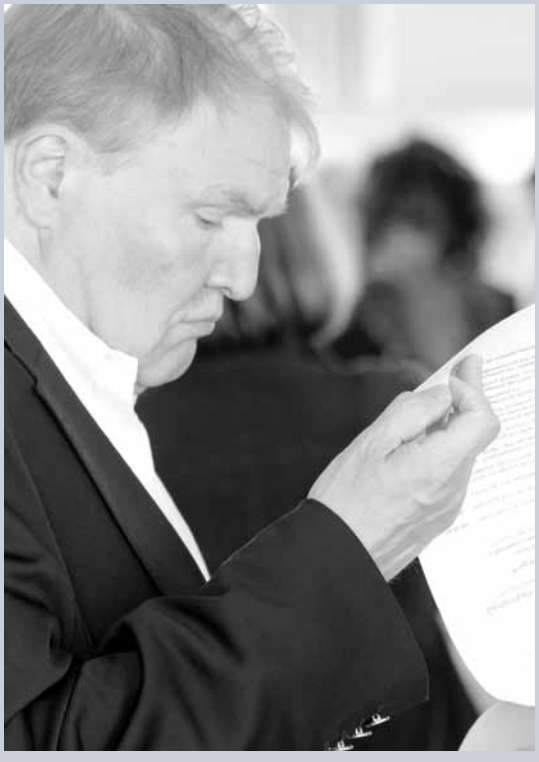
30 **Zusammenführung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen**

32 **Schlusswort Dr. Torsten Sevecke**

33 **Ausblick der Arbeitsgruppe Bezirksentwicklungsplanung des Bezirksamtes Eimsbüttel**

34 **Teilnehmerinnen und Teilnehmer**

35 **Impressum**



Einführung

der Arbeitsgruppe Bezirksentwicklungsplanung des Bezirkamtes Eimsbüttel

Im Rahmen der Bezirksentwicklungsplanung (BEP) führt das Bezirksamt Eimsbüttel einmal im Jahr einen Workshop durch, bei dem Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenkommen, um gemeinsam an einem Schwerpunktthema zu arbeiten. In diesem Jahr standen die Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung auf dem Programm. Die besondere Bedeutung, die der Weiterentwicklung dieses Themas innerhalb der Bezirksverwaltung beigemessen wird, zeigt sich auch am „Qualitätszirkel Bürgerbeteiligung". Dieses im Juli 2011 eingesetzte Leitprojekt der Bezirksentwicklungsplanung hat zur Aufgabe, ein zeitgemäßes Zusammenspiel zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung entstehen zu lassen:

Der Rückzug der Bevölkerung aus den etablierten Wegen der repräsentativen Demokratie setzt sich fort, während anlassbezogene Partizipationsformen, wie zum Beispiel Bürgerbegehren, immer häufiger gewählt werden. Mit dieser Entwicklung geht einher, dass die Erwartungen an die Qualität der Bürgerbeteiligung deutlich gestiegen sind.

Das Bezirksamt Eimsbüttel steht vor der Herausforderung, einerseits diesen Erwartungen gerecht werden zu wollen, andererseits aber nicht immer und überall eine umfassende Bürgerbeteiligung durchführen zu können.
Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen hat sich die Bezirksverwaltung auf den Weg gemacht die Bürgerbeteiligung in Eimsbüttel konsequent weiterzuentwickeln. Hierzu gehören einerseits interne Prozesse (zum Beispiel in Form von Fortbildungen oder der Optimierung von Beteiligungsverfahren) und andererseits eine ergebnisoffene Auseinandersetzung mit der Perspektive der Politik und der Zivilgesellschaft.

Der BEP-Workshop am 01. Juni 2012 ist mit der Zielsetzung geplant worden, einen konstruktiven Dialog zwischen den im Bezirk aktiven Bürgerinitiativen, der Politik und der Verwaltung anzustoßen – nicht als „Eintagsfliege", sondern als Auftakt zu einer Verständigung darüber, was im Bereich der Bürgerbeteiligung erwartet wird, geleistet werden kann und wo angesichts knapper Ressourcen Prioritäten gesetzt werden sollten. Dies lässt sich an einem Nachmittag nicht abschließend klären.

Diese Dokumentation des Workshops zeigt auch die Herausforderungen der Bürgerbeteiligung in Eimsbüttel. Mit den aufgezeigten ersten Lösungsansätzen soll eine Grundlage für weitere Entwicklungsschritte geschaffen werden.

In der Arbeitsgruppe Bezirksentwicklungsplanung vertretene Fachämter:

- Fachamt Bauprüfung
- Fachamt Gesundheit
- Fachamt Jugend- und Familienhilfe
- Fachamt Management des öffentlichen Raumes
- Fachamt Sozialraummanagement
- Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung
- Fachamt Wirtschaftsförderung

Begrüßung

Begrüßung Dr. Torsten Sevecke, Bezirksamtsleiter des Bezirksamtes Eimsbüttel, Freie und Hansestadt Hamburg

Herr Dr. Sevecke begrüßt die rund 70 Anwesenden und erläutert, dass das Format des BEP-Workshops in Eimsbüttel keineswegs neu ist.
Die bezirkliche Entwicklungsplanung bildet auf der Ebene der Bezirksverwaltung den Rahmen für einen zukunftsfähigen Bezirk Eimsbüttel. Dieser hauseigene „Fahrplan" kann nicht tagesaktuell sein, sondern zielt vielmehr auf eine kontinuierliche Entwicklung ab.

Die fachübergreifende Arbeit, die das Bezirksamt seit 15 Jahren praktiziert, ist einmalig in Hamburg. Thematische Workshops sind schon lange Bestandteil dieser Planung. Das Thema Bürgerbeteiligung wird bereits zum wiederholten Male in diesem Zusammenhang diskutiert.

Dass dies notwendig ist, zeigt aktuell der Bürgerentscheid über die Erweiterung des Einkaufszentrums in Eidelstedt (am 24.05.2012). Hier gab es eine erfreulich hohe Abstimmungsbeteiligung von flächendeckend 26 Prozent, im Stadtteil Eidelstedt sogar von 46 Prozent. Der Bezirk Eimsbüttel scheint ein „Hort der direkten Demokratie" zu sein.

Das Thema Bürgerbeteiligung steht aber nicht nur einmalig auf der Tagesordnung, sondern wird die Zivilgesellschaft, die lokale Politik und die Bezirksverwaltung in den kommenden Jahren weiter begleiten. Im letzten Sommer ist dazu ein verwaltungsinterner interdisziplinärer „Qualitätszirkel Bürgerbeteiligung" entstanden, der diese Veranstaltung vorbereitet hat und auch im Anschluss an der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Bezirk Eimsbüttel arbeiten wird.

Der Wille ernsthaft zu beteiligen ist, sowohl in der Bezirksverwaltung als auch in der Bezirkspolitik, vorhanden. Ein Beispiel ist hier das Vorgehen bei der Entwicklung des Universitätsstandortes. Statt erst zu planen und später weitere Akteure einzubinden, wurden als Erstes die Ideen der Beteiligten angehört. Ob dieses Format trägt und für alle Planungsvorhaben sinnvoll ist, lässt sich noch nicht sagen, dies wird sich erst mit der Zeit zeigen.

In diesem Workshop sind mehr als 20 Bürgerinitiativen aus Eimsbüttel, eine Vielzahl Bezirkspolitiker aus allen Fraktionen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltung zu einem kritischen Austausch eingeladen.
Das Ziel ist es, ergebnisoffen zu diskutieren, wie und wo die Beteiligung im Bezirk Eimsbüttel verbessert werden kann, wo Problemfelder und Konfliktlinien liegen und was Misstrauen gegenüber Politik und Verwaltung auslöst.
„Ich bin zum Streit bereit und freue mich darauf.", so Herr Dr. Sevecke.

Begrüßung

Begrüßung Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie Wedel

Die Moderation der Veranstaltung liegt bei Katrin Fahrenkrug, Geschäftsführerin des Instituts Raum & Energie GmbH aus Wedel. Frau Fahrenkrug freut sich über diese Aufgabe und sagt eine neutrale, allparteiliche Moderation zu.

In der heutigen Politiklandschaft ist es aus Ihrer Sicht noch etwas ganz Besonderes, dass Vertreterinnen und Vertreter aus Bürgerinitiativen, Politik und Verwaltung zusammenkommen, um gemeinsam Stellschrauben zur Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung und damit auch von Transparenz und Gesprächskultur zu erörtern.

Die Veranstaltung sei eine Alibi-Veranstaltung, so die kritische Einschätzung, die einige Vertreterinnen und Vertreter von Bürgerinitiativen im Vorfeld äußerten. Frau Fahrenkrug kann diese Befürchtungen nicht teilen. Die Vorbereitung hat gezeigt, wie wichtig dieser Workshop auf Bezirksebene genommen wird: Im „Qualifizierungszirkel Bürgerbeteiligung" wird sehr engagiert an diesem Thema gearbeitet. Die Ergebnisse des Workshops sollen dazu beitragen, so der erklärte Wille von Vertreterinnen und Vertretern aus Bezirksverwaltung und Bezirkspolitik, die Beteiligungsprozesse in Eimsbüttel zu verbessern und weiterzuentwickeln.

Die Abfrage bei den Eimsbüttler Bürgerinitiativen im Vorfeld der Veranstaltung hat, neben einigen positiven Hinweisen zur Zusammenarbeit zwischen Bezirksverwaltung, Politik und Bürgerinnen und Bürgern, vor allem viel Frust und Enttäuschung über bisherige Mitwirkungsprozesse und Entwicklungen in Eimsbüttel aufgezeigt. Die Rückmeldungen der Bürgerinitiativen hängen im Veranstaltungsraum aus und werden mit der Dokumentation des Workshops ins Internet gestellt. Die Gestaltung dieses „Bürgerinitiativengipfels", bei dem die Vertreterinnen und Vertreter der anwesenden rund zwanzig Bürgerinitiativen, aber auch der Politik und Verwaltung angemessen zu Wort kommen sollen, wird nicht einfach. Es kann nicht darum gehen, die unterschiedlichen Anliegen der Initiativen im Detail zu diskutieren. Vielmehr gilt es, davon zu abstrahieren und gemeinsam das Thema Beteiligung und Verbesserung von Beteiligungsverfahren in den Blick zu nehmen. Dann können wir einen spannenden, ergebnisreichen Verlauf erwarten.

Vor diesem Hintergrund ist der Workshop so konzipiert, dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem strukturierten Verfahren die Gelegenheit haben, ihre Kritik am bisherigen Miteinander zu äußern und diese Hinweise auch nicht verloren gehen zu lassen. In Arbeitsgruppen sollen im zweiten Schritt Perspektiven zum künftigen Miteinander aufgezeigt und erörtert werden. Die Moderation der vier Arbeitsgruppen haben sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Bezirksverwaltung übernommen, die dankenswerter Weise auch maßgeblich an der Vorbereitung dieses „Bürgerinitiativengipfels" mitgewirkt haben.

Zusammenleben, beteiligen, kommunizieren – unter diesem Motto stehen die drei Vorträge, die aus der Perspektive von Politik, Verwaltung und Bürgerinitiativen den Einstieg in den Workshop bilden.

Frau Fahrenkrug weist darauf hin, dass zum Zwecke der Dokumentation und der Publikation während der Veranstaltung Fotos gemacht werden – und freut sich über die Zustimmung der Anwesenden zur Verwendung der Aufnahmen.

Zusammenleben, beteiligen, kommunizieren –

Drei Vorträge – Drei Perspektiven: Politik, Verwaltung und Bürgerinitiativen

Zusammenleben in einer sich ständig wandelnden Stadtgesellschaft – Geht das überhaupt ohne Konflikte?

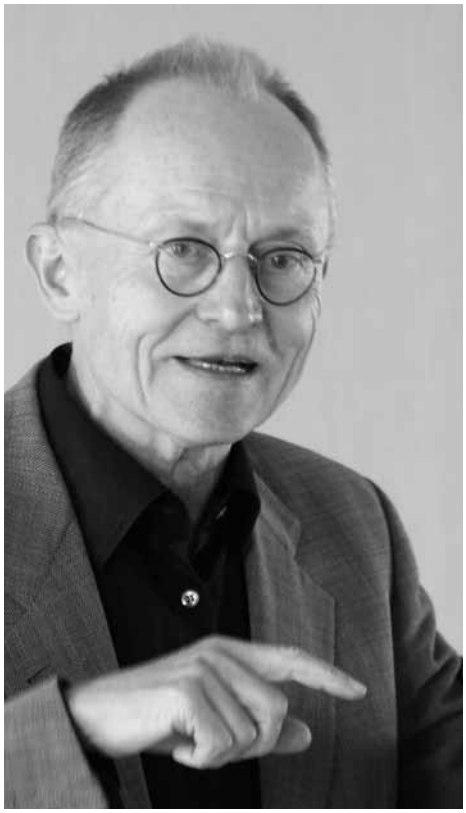
Beteiligung ist kostbar – Bei welchen Themen ist der Einsatz von Zeit, Geld und Engagement wichtig oder gar unabdingbar?

Der Ton macht die Musik – Was zeichnet eine gelungene Kommunikation zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung aus?

Zusammenleben, beteiligen, kommunizieren –

Drei Vorträge – Drei Perspektiven: Politik, Verwaltung und Bürgerinitiativen

Perspektive der Politik: Dr. Willfried Maier



Dr. Willfried Maier war von 1997 bis 2001 Senator für Stadtentwicklung, Bundes- und Europaangelegenheiten in Hamburg. Er saß für die Grünen 1993 bis 2008 als Abgeordneter in der Hamburger Bürgerschaft und lebt seit 23 Jahren in Eimsbüttel.

Zusammenleben in einer sich ständig wandelnden Stadtgesellschaft – Geht das überhaupt ohne Konflikte?

Diese erste der drei Leitfragen beantwortet Herr Dr. Maier mit einem klaren „Nein!". Die Entscheider heute können ohne einen Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern nichts mehr bewegen. Die Legitimation von Handeln wird nicht mehr allein von Wahlen getragen. Ebenso funktioniert die Meinungsbildung heute nicht mehr über die Zugehörigkeit zu Parteien oder Organisationen. Es reicht nicht mehr aus, die politische Mehrheit für ein Projekt zu gewinnen und das Planungsverfahren korrekt durchzuführen. Heute ist auch die Kommunikation mit dem Bürger entscheidend. Die Anzahl der in Bürgerinitiativen aktiven Menschen ist ähnlich gering, wie die Zahl der durch Wahlen legitimierten Mandatsträger. Aber auch die Einmischung weniger wird über die Medien dokumentiert, sodass Argumentationslinien in die öffentliche Diskussion gelangen.
Im Vergleich zu den 1950er Jahren haben sich Anzahl, Art und Form der Konflikte verändert. Die Menschen sind kritikbereiter und wollen mitmachen. Schwierig für die Politiker ist dabei, dass sie auf Bürgerinitiativen und -vereine als Konfliktparteien treffen, die von ihnen Neutralität in der Sache ebenso wie Überparteilichkeit erwarten. Damit wird jedoch ausgeblendet, dass eine Partei selbst ein Interesse und eine spezifische Position hat bzw. entwickelt.

Bei welchen Themen ist der Einsatz von Zeit, Geld und Engagement wichtig oder gar unabdingbar?

Im Prinzip bei allen Themen. Immer dann, wenn genügend Leute sich einmischen wollen. Erfahrungsgemäß geht es um Stadtentwicklung, Flächennutzung und Umweltthemen. Weitere Beispiele sind große Verkehrs- / Infrastrukturprojekte oder große Reformvorhaben, wie z.B. die Bildungsreform in Hamburg. Es handelt sich zumeist um Themen, die die konkrete Lebenswelt des Einzelnen betreffen und „Verteidigungsmechanismen" oder Bemühungen zur „Besitzstandwahrung" auslösen. Es findet sich selten eine Initiative „für" eine Entwicklung.

Was zeichnet eine gelungene Kommunikation zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung aus?

Ein Dialog beginnt hier meistens mit einer Konfrontation, da sich Bürgerinitiativen in der Regel gegen eine Entwicklung oder ein Projekt engagieren. Dies ist aber ambivalent zu sehen und eher als Annäherung durch Konfrontation zu verstehen. Denn es geht nicht um den Ersatz von Verwaltung und Politik, sondern um die Einwirkung auf deren Entscheidungen.

Die Senatsdrucksache 'Einrichtung einer Hamburger Stadtwerkstatt' führt hier Qualitätskriterien an:

- Frühzeitigkeit: Wissentlich, dass erste Ideen in der Regel kein Engagement begründen, sondern erst die direkte bzw. gefühlte Betroffenheit zum aktiv werden motiviert.
- Vollständigkeit der Information: Informationen können zum Skandal werden, wenn sie zu spät veröffentlicht werden.
- Verfahrensgerechtigkeit: Jeder muss zu Wort kommen.
- Nachvollziehbarkeit: Die zugängliche Dokumentation von Ergebnissen.

Einrichtung einer Hamburger Stadtwerkstatt

Drucksache 20/3939 vom 24.04.12
http://www.hamburg.de/contentblob/3407194/data/senatsdrucksache-stadtwerkstatt.pdf

Zusammenleben, beteiligen, kommunizieren –

Drei Vorträge – Drei Perspektiven: Politik, Verwaltung und Bürgerinitiativen

Perspektive der Verwaltung: Dr. Jochen Hucke

Dr. Jochen Hucke ist Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt in Berlin. Er ist Mitglied der Projektbegleitgruppe „Handbuch Partizipation".

Zusammenleben in einer sich ständig wandelnden Stadtgesellschaft – Geht das überhaupt ohne Konflikte?

Nein. Ein Zusammenleben in den heutigen Stadtgesellschaften ist ohne Konflikte nicht mehr denkbar. Heute werden Themen oft durch Konflikte voran gebracht, wenn diese entsprechend offengelegt und anschließend ausgetragen werden. Deutschland ist in dieser Hinsicht allerdings eine vergleichsweise konfliktscheue Gesellschaft. Der Kommunikation kommt bei der Bewältigung von Konflikten eine Schlüsselrolle zu. In Berlin gibt es sehr positive Erfahrungen mit Partizipation. Oftmals hat die Verwaltung Angst, dass Bürger zu große Vorstellungen und Erwartungen haben. Veranstaltungen haben jedoch gezeigt, dass dies nicht der Fall ist und Bürger realistisch an die Sachverhalte herangehen.

Bei welchen Themen ist der Einsatz von Zeit, Geld und Engagement wichtig oder gar unabdingbar?

Letztlich sind alle Themen der Stadtentwicklung für Beteiligungsprozesse geeignet, vor allem:

- Stadt- und Freiraumplanung,
- Budgetentscheidungen,
- Beteiligung an parlamentarischen Entscheidungen,
- Kinder- und Jugendbeteiligung,
- Unterstützung von Netzwerken und ehrenamtlichem Engagement.

Die Beteiligung bei Budgetentscheidungen kann allerdings problematisch sein. Ein Beispiel sind Entscheidungen über kleinere Budgets direkt durch die Bevölkerung einzelner Quartiere. Dies gestaltet sich bisher schwierig, da eine Kontrolle durch die Rechnungshöfe erfolgen muss oder Vergaberichtlinien zu beachten sind.

Was zeichnet eine gelungene Kommunikation zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung aus?

Runde Tische sind eine geeignete Form für Kommunikationsprozesse. Eine externe und neutrale Moderation ist hilfreich, um dem Prozess eine Struktur zu geben. Ebenso ist der richtige Zeitpunkt der Beteiligung von Bedeutung. Bei einer frühzeitigen Beteiligung ist das tatsächliche Partizipationsinteresse in der Regel relativ gering. Es steigt an, je konkreter die entsprechenden Planungen werden. Gleichzeitig nimmt damit allerdings auch der Spielraum für Änderungen im Projekt ab. Grundsätzlich gilt: Es gibt für Beteiligungsprozesse keinen Königsweg. Viele unterschiedliche Ansätze können erfolgreich sein.

Schlussfolgerungen

Aus der Analyse fördernder und hemmend wirkender Faktoren für Beteiligungsprozesse lassen sich die folgenden Empfehlungen für Beteiligungsprozesse ableiten:

Projektbezogene Faktoren

- Möglichst frühzeitige und umfassende Analyse des Entscheidungsproblems und aller möglichen Lösungsalternativen
- Kommunizieren der Lösungsalternativen und der nicht veränderbaren Rahmenbedingungen
- Projektumfeldanalyse: Hemmende und fördernde Faktoren
- Professionelle Verfahrensmoderation
- Veranschaulichung der verfügbaren Projektinformationen

Akteursbezogene Faktoren

- Umfassende Information der betroffenen Gruppen in einem frühen Stadium des Entscheidungsprozesses
- Identifikation und Motivation von sich aus wenig artikulationsfähiger Betroffenengruppen

Vertiefende Informationen zu fördernden und hemmenden Faktoren von Partizipation sowie Handlungsempfehlungen mit Anschauungsbeispielen und Checklisten finden sich im „Handbuch Partizipation".
Dieses will zur breiten Anwendung von Partizipationsverfahren motivieren. Zielgruppe sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung.

Das „Handbuch Partizipation" kann bestellt werden bei:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
und Umwelt
Dr. Jochen Hucke
Württembergische Straße 6
10707 Berlin

Tel.: 030 | 901 39 – 47 60
Fax: 030 | 901 39 – 47 32
E-Mail: jochen.hucke@senstadtum.berlin.de

http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf

Zusammenleben, beteiligen, kommunizieren –

Drei Vorträge – Drei Perspektiven: Politik, Verwaltung und Bürgerinitiativen

Perspektive der Bürgerinitiativen: Manuel Humburg

Manuel Humburg ist Hausarzt und lebt und arbeitet seit 1975 in Wilhelmsburg. Er hat sich an verschiedenen Stadtteilinitiativen beteiligt und war z.B. Mitinitiator der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg 2001/2002.

Der Begriff „Bürgerbeteiligung"

Der Begriff „Bürgerbeteiligung" ist missverständlich. Er ist ebenso breit wie unverbindlich und fasst so verschiedene Aspekte, wie Information, Kommunikation, Konsultation und Kooperation. Dies führt dazu, dass zwar alle von Bürgerbeteiligung reden, aber jeder darunter etwas anderes versteht. Planer und Investoren von Großprojekten verstehen darunter Akzeptanzbeschaffung. Die Verwaltung will „den Bürger mitnehmen". Politiker erhoffen sich weniger Demonstrationen. Soziologen wünschen sich mehr Demokratie. Bürger hoffen auf mehr Einfluss und Moderatoren brauchen Aufträge.

Es lassen sich verschiedene Stufen der Bürgerbeteiligung festmachen:
1. Information, 2. Anhörung, 3. Einbeziehung und Interessensabgleich,
4. Mitbestimmung, 5. Mit-Entscheidung und Leitbild-Diskurs,
6. Eigeninitiative und Selbstorganisation

Diese Karte mit den Stufen der Beteiligung wurde vom Bezirksamt Eimsbüttel an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer verteilt.

Bei der Durchführung von Beteiligungsprozessen ist es enorm wichtig, von Beginn an transparent zu machen, auf welcher Stufe der entsprechende Prozess angelegt ist. Nur so lassen sich zu hohe Erwartungen und anschließende Enttäuschungen vermeiden.
Vor dem Hintergrund dieser Begriffsvielfalt stellt Herr Humburg seine langjährigen Erfahrungen als aktiver Bürger anhand der folgenden sechs Thesen dar:

1. Bürgerbeteiligung ist gut gemeint, definiert sich aber bisher überwiegend von oben nach unten.

Investoren, Planer, Entscheider und Verwalter haben ein Konzept und wollen dieses möglichst reibungslos durchsetzen. Wie früher ein Prozent der Investitionssumme für Kunst am Bau eingeplant wurde, plant der kluge Investor inzwischen die gleiche Summe für Akzeptanzbeschaffung durch einen Bürgerbeteiligungsprozess ein, der Bürger soll schließlich mitgenommen werden. Beteiligung muss aber mehr sein, als nur Akzeptanzbeschaffung!

2. Widerstand ist eine hohe Form von Beteiligung.

Einige Beispiele: Ohne breit getragenen und gut organisierten Widerstand von Bürgerinnen und Bürgern gäbe es keinen Atomausstieg in Deutschland. Die Wiederaufbereitungsanlagen in Wackersdorf und Gorleben wären realisiert und die Häuser am Hafenrand abgerissen worden. Es gäbe Stadtautobahnen quer durch Hamburg und Wilhelmsburg wäre längst kein Wohnort mehr, da in früheren Planungen die Wohnbebauung der Hafenerweiterung weichen sollte.

3. Interessen, Konflikte, Machtfragen lassen sich durch „Beteiligung“ nicht wegdiskutieren. Sie erfordern reale Verhandlungen.

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zeigt: Streiks und Demonstrationen, der Zusammenschluss der Arbeiterinnen und Arbeitnehmer, das Wahlrecht und eine eigene Presse hatten genügend Drohpotenzial, um rechtliche Fixierungen, wie Tarifverträge und ein geregeltes Arbeitsrecht, zu erreichen. Auf dieser Basis können dann reale Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern stattfinden. Gäbe es hingegen eine „Arbeitnehmerbeteiligung“ nach dem Muster vieler Bürgerbeteiligungsverfahren, dann würden vielleicht Einigungen über die Frühstückspausen und die Farbgestaltung der Mitarbeiterräume erreicht, nicht aber Verträge über als gerecht empfundene Löhne und Arbeitszeiten. Individuelle Arbeitnehmerinnen und Arbeiter und individuelle Vorständler befinden sich nicht auf einer Ebene des Machtgleichgewichts. Wird aber dieses Machtungleichgewicht zwischen Personen, Organisationen, Unternehmen und staatlichen Institutionen außer Acht gelassen, droht den Bürgerbeteiligungsverfahren das Schicksal der „gelben Gewerkschaften“, die als verlängerter Arm der Mächtigen erscheinen.

4. Wer beteiligt eigentlich wen?

Warum nicht einmal Beteiligung anders herum denken: Bürgerinnen und Bürger beteiligen Politik und Verwaltung. Die gebündelte Kompetenz der Experten des Alltags, die Weisheit der Vielen beteiligt die in den Elfenbeintürmen, die an den grünen Tischen, die Experten mit dem Tunnelblick. Oft beschäftigen sich bürgerschaftliche Nichtregierungsorganisationen länger und intensiver mit kommunalen oder infrastrukturellen oder auch technischen Problemlösungen als die Amtsleiter in den Verwaltungen – ganz zu schweigen von Bürgermeistern, Senatoren und Abgeordneten. Mittlerweile gibt es auch kompetente Bürger!

5. Akzeptanzbeschaffung ist das Gegenteil von Beteiligung.

Bisherige Planung ist zu oft eindimensional und blendet Alternativen aus. Die Experten definieren die angeblichen Sachzwänge: bestehende Gesetzeslagen, Normen und Finanzierungsvorgaben. Darüber werden dann die Bürger in Kenntnis gesetzt und dürfen gerne mitbestimmen: z.B. bei der Farbgebung oder der Frage 'Rosen oder Knöterich an die Lärmschutzwand'? Ein Plan B steht meist nicht zur Debatte. Es ist frustrierend, wenn Aspekte, wie Auswirkungen für die Gesundheit der Kinder, für das Stadtgefüge oder die Sozialstruktur und Nachbarschaft mit Hinweis auf den bereits erreichten fortgeschrittenen Planungsstand nicht berücksichtigt werden. Baukultur, Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit werden im Prinzip gewollt – aber irgendwann müssen auch mal Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden.

6. Mitreden, da wo entschieden wird und bevor entschieden wird.

Formal wird weiterhin in den Parlamenten entschieden. Aber bevor die gewählten Organe das letzte Wort haben, sind die Entscheidungen längst getroffen. In Ausschüssen und Zirkeln werden die Gesetzesvorlagen unter dem Einfluss interessengestützter „Experten" und Lobbyisten der Wirtschaft formuliert. Wir brauchen gleiches Recht auch für die Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Bürgerorganisationen.

Fazit: Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihre Community, ihren Stadtteil ist Wesen und Stärke von Demokratie.

„Res publica" in diesem Sinne zuzulassen und zu fördern ist die Aufgabe weiser Stadtpolitik der nächsten Jahre. Dies durchzusetzen ist die Aufgabe starker unabhängiger Bürgerorganisationen. Dabei muss das Machtungleichgewicht der Akteure (in puncto Geld, Information, Vernetzung, Recht, Medienzugang) soweit ausgeglichen werden, dass eine Begegnung auf Augenhöhe möglich ist. Voraussetzung für eine Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe ist die Selbstorganisation der Bewohnerinnen und Bürger. Sie zu unterstützen, wäre eine zentrale Aufgabe z.B. einer Kommune, die reale Bürgerbeteiligung will.

Humburg ist Mitherausgeber eines im September 2012 erscheinenden Buches zum Thema des Bürger-Engagements als Motor der Stadtteilentwicklung (www.zukunft-elbinsel.de/buch/)

Arbeitsgruppenergebnisse des BEP-Workshops 2012

Zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppen

Die Teilnehmenden wurden auf insgesamt vier verschiedene Arbeitsgruppen verteilt. Die Arbeitsgruppen waren jeweils ungefähr gleich groß sowie in ihrer Aufteilung zwischen Bürgerinitiativen, Verwaltung und Politik gleichmäßig besetzt. Zudem haben sich die Arbeitsgruppen jeweils mit den identischen Fragestellungen beschäftigt:
Die Leitfrage der Kritikphase war: „Was sind aus Ihrer Sicht bei der Bürgerbeteiligung die größten Herausforderungen im Zusammenspiel zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung?“
Die Leitfrage der Perspektivphase war: „Welche Lösungsansätze sehen Sie, um die Herausforderungen der Bürgerbeteiligung gemeinsam zu meistern?“
In den Arbeitsgruppen wurde jeweils dasselbe Vorgehen gewählt, sodass die Arbeitsgruppen auch vergleichbare Ergebnisse erzielen konnten. Die Beiträge der Teilnehmenden wurden nach Sinnzusammenhängen gruppiert und anschließend bepunktet, um abzubilden, welchen Herausforderungen aus Sicht der Arbeitsgruppe die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten hierfür jeweils drei (AG 1) bzw. fünf (AGs 2, 3 und 4) Klebepunkte, die sie auf eine Karte kleben oder aber auf bis zu drei bzw. fünf Beiträge verteilen konnten. Die in Klammern aufgeführten Zahlen geben die Anzahl der insgesamt erhaltenen Punkte wieder. Im Anschluss an die Kritikphase wurden die Herausforderungen mit den meisten Punkten auf die Stellwand für die Perspektivphase übertragen und erste Lösungsansätze gesammelt.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen aus der Kritikphase

Leitfrage: *„Was sind aus Ihrer Sicht bei der Bürgerbeteiligung die größten Herausforderungen im Zusammenspiel zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung?“*

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1 aus der Kritikphase (Moderation: Jan Philipp Stephan / Axel Vogt)

- Vertrauen aufbauen (1)
- Erfolgserwartung
- Kompromissbereitschaft von allen Seiten (1)
- Zusammenarbeit (1)
- **Respektvoller Umgang miteinander (5)**
- Beiderseitige Offenheit und Ehrlichkeit (2)

- **Ernst nehmen der Bürger (1)**
- **Welche Rechte habe ich in meiner Rolle? (2)**

- In welcher Rolle beteilige ich mich?
- Gemeinsam Verantwortung übernehmen (1)
- Gibt es die Möglichkeit ein gemeinsames Zukunftsbild zu entwickeln?
- Die Betroffenen zu erreichen
- Kann man die Bürger zur Beteiligung zwingen?
- Glaubhafte Vermittlung der Initiative in der Bevölkerung (1)
- Alle Bevölkerungsschichten erreichen (1)

- **Informationsfluss bzw. Austausch mit der Bevölkerung erfolgt erst nach einer politischen Entscheidung (zu spät). (3)**
- **Es werden nicht alle betroffenen Bürger erreicht**
- **Die rechtzeitige, umfassende Information, die so gut ist, dass die Bürger „hinterher" echte Chancen haben, auch grundlegende Änderungen einzubringen.**
- **Informationen an die Bürger bringen, auch wenn sie vorerst nicht interessiert sind.**

- Politik hat den Bürgervereinen jede Zuständigkeit genommen

- **Bürgerbeteiligung zwingt Politik, sich mit Dingen im Detail zu befassen (1)**
- **Fehlende Einsicht der Politik, dass Bürgerbeteiligung nötig und nützlich ist (2)**

- Ursache: Empörung über Politik
- **„Empowerment" - Planung auf Augenhöhe (3)**
- **Bei Beginn der Planung Einbeziehung auf Augenhöhe aller Beteiligten (1)**

- Kein konkreter Ansprechpartner in der Verwaltung (Zuständigkeit)

- **Gesamtstädtische Interessen ⇔ Lokale Interessen (4)**
- **Nachverdichtung ≠ Soziale Felder/ Wohnen (1)**
- **Vorhabenbezogene B-Pläne ≠ Organische Stadtteil-Entwicklung (1)**

- Positive Bürgerbeteiligung kein Stillstand
- Langfristige Ziele ⇔ kurzfristige „Notwendigkeiten"
- **Informationen aus Politik und Verwaltung „verstehen" (3)**
- Information! Internet Information
- Alle Infos der Behörde zugänglich machen z.B. Internet, Zeitung, etc.
- Intransparenz der einzelnen Partikularinteressen
- Frühzeitigen Wunschkatalog von den Bürgern zu bekommen (1)

Hinweis: Die fettgedruckten Herausforderungen werden in der Perspektivphase im Detail behandelt.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2 aus der Kritikphase (Moderation: Barbara Strauß / Kay Gätgens)

- Aufgabenstellung / Themen (2)
- einheitliches Begriffsverständnis „Bürgerbeteiligung“ (1)
- **Legitimation (5)**
- Verfahren (2)
- **Kommunikation (5)**
- Transparenz + Offenheit (1)
- mehr Transparenz schaffen
- Was heißt „Transparenz“?
- Transparenz (2)
- Ergebnis / Offenheit
- **Spielraum definieren (11)**
- gleiche Informationen (1)
- **gleiche Sprache? Grammatik (4)**
- Information an Beteiligte = Medien / Wochenblatt
- Verständlich mitteilen (2)
- **Zielsetzung / Zielfindung (4)**
- **Verschiedene Ziele akzeptieren (6)**
- Interessengruppen feststellen
- Unterschiedliche Erwartungen (1)
- Beziehungen
- Emotionen
- Vertrauen
- Ehrlichkeit
- Ehrlichkeit (1)
- Offenheit (2)
- Vertrauen / Respekt / gleiche Augenhöhe (2)
- Respektvoller Umgang (2)
- Demokratie wollen – nicht vortäuschen / demokratische Regeln ausschöpfen (1)
- **gegenseitiges Misstrauen abbauen (5)**
- Den „guten Willen“ des Gegenübers voraussetzen (1)
- **Die Kompetenz des „Gegenübers“ anerkennen / ernst nehmen (5)**
- unterschiedliche Erwartungen (1)
- Ressourcen auf beiden Seiten

Hinweis: Die fettgedruckten Herausforderungen werden in der Perspektivphase im Detail behandelt.

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 3 aus der Kritikphase (Moderation: Urban Conradi / Christoph Thiele)

- **Transparenz (7)**
- **Vertrauen schaffen zwischen allen Beteiligten: klare Vorgaben, Transparenz (5)**
- **Erreichen der Augenhöhe (6)**
- **Sachlicher Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren (5)**
- Die richtige Form und den richtigen Zeitpunkt für Zusammenarbeit finden (2)
- Frühzeitig B-Pläne vorstellen! (2)
- Bürger werden zu spät auf die Veränderungen aufmerksam
- Anwohner/Bewohner-Orientierung
- **Woher bekommt der Bürger Informationen? (8)**
- Bitte um mehr Information für eine Bürgerbeteiligung, termin- und sachbezogen (3)
- Aktivierung der Bürger (2)
- Die Bürger beteiligen sich nicht, jedenfalls nicht frühzeitig (1)
- Bürger, die Zeit für Bürgerbeteiligung haben (3)
- Wo/Wie können Bürger Wünsche einbringen, also agieren statt reagieren? (2)
- Wo drückt dem Bürger der Schuh? (4)
- Bürger sprechen eine andere Sprache und werden von den Politikern nicht verstanden → Übersetzungsfunktion (1)
- Ideologiegeprägte Planung geht am Bedarf der Bürger vorbei
- Überzeugung der Politiker
- Kompromissfähigkeit (2)
- Feindbilder abbauen und alle Argumente betrachten! (2)
- Abbau von gegenseitigen Vorurteilen (3)
- Politiker sind Bürger, Mitarbeiter der Verwaltung sind Bürger
- Parteien wenig Bindungskraft
- **Verwaltung ohne lokale Verankerung (6)**
- Kleine Gruppen und ihre Probleme sollten ernst genommen werden, auch wenn die große Masse profitiert! (2)
- Partikularinteressen machen die Gesellschaft handlungsunfähig (2)
- „Dusch mich, mach mich nicht nass“ (2)
- Wünsche versus Finanzierbarkeit
- Begriffsklärung: Was genau verstehen wir unter „Bürgerbeteiligung“? (4)
- Begriff „Bürgerinitiative“ schärfen (1)

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 4 aus der Kritikphase (Moderation: Michael Freitag)

- Öffentlichkeitsarbeit / Infos (1)
- mangelnde Möglichkeiten der Publikation im öffentlichen Raum (3)
- fehlende Bereitstellung kostenloser Tagungsorte (2)
- Wie gut ist die Vernetzung der Initiativen? und deren überquartiehrliche Koordination?
- unterschiedliche Perspektiven (1)
- Veränderungsbereitschaft
- Neutralität?
- unterschiedliche Interessen (1)
- unterschiedliche Interessen
- **Kompromiss -fähigkeit, -bereitschaft, -möglichkeit (8)**
- Bewegung bei allen Beteiligten (2)
- Offenheit in der Auseinandersetzung / aber: Respekt gegenüber Personen?
- gesetzliche Vorgaben für die Verwaltung / Handlungsspielraum? (2)
- gesetzliche Zeitvorgabe
- lange Realisierungszeiträume → Planung ist überholt / Beispiel: Stellinger Mitte (1)
- die Unzulänglichkeiten des § 32 BezVG (Bürgerbegehren) / die direkte Demokratie als Fremdkörper in der repräsentativen Demokratie

- **Transparenz – gleicher Informationsstand (4)**
- **mangelnde Information und Transparenz (1)**
- **Transparenz und Ehrlichkeit**
- **späte Information durch Verwaltung (1)**
- **Transparenz und gleiche Informationsbasis (Expertenwissen, komplexe Fachthemen, Gesetzeszwänge)**
- **Information des Bürgers über Planungsabläufe (2)**

- „Fachwissen" vermitteln als Entscheidungsgrundlage (1)
- inhaltliche Akzeptanz der Ideen der Bevölkerung bei der Verwaltung
- mangelnde Dialogbereitschaft der Politiker, z.B. in Gremien (2)
- Interessen der nicht-aktiven Bürger berücksichtigen (1)
- Die Rechtlosigkeit der nach § 17 Abs. 3 BezVG zubenannten Bürger, die – obwohl ihnen das Gesetz Meinungsfreiheit garantiert, – jederzeit von den jeweiligen Parteien entlassen werden können.
- Fraktionszwang der Politik
- **„echte" Begegnung auf Augenhöhe (6)**
- Start für „alle" bei null
- Machtungleichgewicht Politik / Wirtschaft ⇔ Bürger (1)
- Wie kann Beteiligungsgerechtigkeit gestärkt werden? (2)
- Glaubwürdigkeit/gleiche Rechte für Investor und Privatperson

- **Ohne kommunale Selbständigkeit der Stadteile gibt es keine Bürgerbeteiligung! (3)**
- **In Eimsbüttel (wie in ganz HH) gibt es de facto keine kommunale Ebene (6)**

- Aufgrund der Hamburgischen Verfassung („Einheitsgemeinde") haben die Bezirke bzw. Bezirksversammlungen kaum Rechte. Sowohl Bezirksversammlungsbeschlüsse als auch Bürgerentscheide können jederzeit vom Senat evoziert werden. Wenn die rechtlose Bezirksversammlung dann auch noch (von unten) durch Bürgerinitiativen unter Druck gerät, fällt es ihr schwer, damit rational umzugehen.
- mangelnde Umsetzung von Bürgerbegehren (2)
- **Stadtteile müssen ihre Ziele der großen Stadtplanung unterordnen. (4)**
- Die Unterlassung der Aktualisierung von alten Baustufenplänen aus 1955 schließt die Bürgerbeteiligung aus! (1)
- nicht Befangenheit
- Neutralität der Verwaltung (Widerspruch aus der Gruppe angemeldet.)
- Wie (wo) komme ich an Betroffene heran? (1)
- Organisation + Durchführung ergebnisbezogener Beteiligung
- Kontinuität der Beteiligung (2)
- Bürgerbeteiligung funktioniert bei „vorhabenbezogenen B-Plänen" nicht. (1)
- Vorhaben werden isoliert betrachtet – Plangrenzen –
- **eingeschränkte Sichtweise / nur vor der eigenen Tür (8)**
- Die Mehrheit liegt langfristig oft falsch. (Widerspruch aus der Gruppe angemeldet.)

Ergebnisse der Arbeitsgruppen aus der Perspektivphase

Leitfrage: *„Welche Lösungsansätze sehen Sie, um die Herausforderungen der Bürgerbeteiligung gemeinsam zu meistern?“*

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1 aus der Perspektivphase (Moderation: Jan Philipp Stephan / Axel Vogt)

Herausforderungen:

Rechtzeitige Information der Bürger (zusammengefasst 6 Punkte)

Lösungsansätze

- Koordinator beim Bezirksamt einrichten: zeitnahe und umfassende Beantwortung durch die Fachbehörde
- Projektbezogene Information
- Bürgersprechstunde anbieten
- Bürger schon zu Beginn der Planung einbeziehen z.B. durch Briefe an die Beteiligten und betroffenen Haushalte
- Kreative Internetbeteiligung
- als 1. Stufe Ideenworkshop vor dem Projekt
- alle Wege der Information (Print, Event, Net) nutzen
- Neue Ideen der Information in den Stadtteilen
- Informationsvermittlung unabhängig von Presse

Gesamtstädtische Interessen ↔ lokale Interessen (6 Punkte)

Lösungsansätze

- Unterschiedliche Interessen klärend offenlegen
- Gesamtstädtische Interessen alle 5 Jahre evaluieren
- Akzeptanz der Ideen von Bürgerinitiativen

Respektvoller Umgang miteinander (5 Punkte)

Lösungsansätze

- Leitfaden / Instrumentarium Handlungshilfe für den Informationsaustausch und den Umgang miteinander entwickeln
- Im Konfliktfall gemeinsame Trainings
- Offenes + ehrliches Diskutieren von Politik und Bürgern
- sich näher kennenlernen
- Ideen Workshop als KICKOFF (für die Bevölkerung)
- Partikularinteressen „innerhalb" auflösen

Welche Rechte habe ich in meiner Rolle (3 Punkte)

Lösungsansätze

- Moderation der Interessen im Sozialraum
- Gesetze ändern
- „Ortsbesichtigung" der Behörde und Politik

Empowerment - Planung auf Augenhöhe (4 Punkte)

Lösungsansätze

- Tingeltouren auch für Erwachsene
- Einrichtung von runden Tischen für alle wesentlichen Entscheidungen im Bezirk
- Bürgerforum B-Pläne (mit Budget)
- Planungsprozess verdeutlichen
- Bürgerbefragungen organisieren
- Nutzen der Stakeholder/ Multiplikatoren vor Ort

Information aus Politik und Verwaltung „verstehen" (3 Punkte)

Lösungsansätze

- Kein „Fachchinesisch" bei Veranstaltungen
- Aufstellen eines Infowagens!
- Schilder für öffentliche Plandiskussionen müssen leserlich (auch vom Fahrrad oder Auto) sein
- Trennschärfe zu Politik und Verwaltung herstellen

Fehlende Einsicht Politik ↔ Bürgerbeteiligung nötig und nützlich (3 Punkte)

Lösungsansätze

- Verfassungsänderung, die Bürgerbeteiligung vor Entscheidungen vorschreibt
- Bürger an Abstimmungen zu beteiligen
- Neue Bürgersprechstunden, parteiübergreifend
- Politiker besuchen Initiativen in den Stadtteilen

Rolle der Presse

Lösungsansatz:

- gemeinsame Pressekonferenz aller

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 2 aus der Perspektivphase (Moderation: Barbara Strauß / Kay Gätgens)

Herausforderungen:

Spielraum definieren (11 Punkte)

Lösungsansätze
- Neue informelle Beteiligungsformen testen
- Info-Veranstaltungen
- Runder Tisch
- „Eckpunktepapier“
- Karten offen auf den Tisch
- Rahmenbedingungen klären / darstellen
- Rechtzeitige Information der Bürger
- frühzeitiges Brainstorming
- thematische Standortkonferenzen
- Haushaltstitel für Bürgergutachten
- Akzeptanz des Spielraums
- Ressourcen auf beiden Seiten

Verschiedene Ziele akzeptieren (6 Punkte)

Lösungsansätze
- Rollen klarstellen
- Prüfung auf Vereinbarkeit
- Benennung der Zielkonflikte

Gegenseitiges Misstrauen abbauen (5 Punkte)

Lösungsansätze
- Verbindlichkeit
- Gespräche über Bet. nicht nur anlassbez. (z.B. wie heute)
- Vereinbarung treffen
- offen Interessen diskutieren
- Vertrauen etablieren
- Miteinander sprechen
- Ziele ehrlich formulieren

Die Kompetenz des Gegenübers anerkennen / ernst nehmen (5 Punkte)

Lösungsansätze
- Offene Problemdiskussion
- Kompetenz nachweisen (Widerspruch aus der Gruppe angemeldet)
- niedrigschwellige Beteiligungsangebote

Kommunikation (5 Punkte)

Lösungsansätze
- Kommunizieren des laufenden Prozesses
- Ins Gespräch kommen – im Gespräch bleiben
- transparente Projektverlaufsphase
- gemeinsame Plattform mit „Nettiquette“
- Vorhandene Instrumente ausschöpfen
- Stadtteilplattform zur ständigen Themendiskussion
- Sitzordnung bei Gesprächen
- externe Verfahrensmoderation
- Den Unterschied zwischen Einzel- und Gemeinschaftsinteressen kommunizieren
- Sachlichkeit und Ehrlichkeit

Legitimation (5 Punkte)

Lösungsansätze
- Fortbildung der Bürger in Verwaltungshandeln
- „Ziel“-Beiräte (ungleich Sanierungsbeiräte)
- Außendarstellung der Verwaltung verbessern
- Verfahren etablieren
- Stadtteilbeiräte etablieren
- Gesetzliche Rahmenbedingungen ändern
- Kategorisierung / Polarisierung zwischen Bürgern und Politik überwinden
- Bürgerdialog im Netz
- Wahl des Kommunikationsmittels (Zielgruppe)!

Gleiche Sprache? / Grammatik? (4 Punkte)

Lösungsansatz
- Fortbildung

Zielsetzung / Zielfindung? (4 Punkte)

Lösungsansätze
- runde Tische / Straßenfeste / Begegnungsforen
- Zielvorgaben in „Schritten“ abstimmen
- Frühzeitig mit Bürgerbeteiligung beginnen

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 3 aus der Perspektivphase (Moderation: Urban Conradi / Christoph Thiele)

Herausforderungen:

Transparenz, Vertrauen schaffen (zusammengefasst 12 Punkte)

Lösungsansätze

- Frühzeitige Einbeziehung der betroffenen Bürger (klare Informationen)
- Frühzeitige Problemerkennung
- Alle Informationen frühzeitig offenlegen
- Alle Bedürfnisse und Konflikte, Notwendigkeiten und Zwänge frühzeitig vor der Planung veröffentlichen (informieren)
- Das „Wo" in Medien und mit Plakaten veröffentlichen
- Transparenz: Rechtzeitig! Über die Medien, Behörden, Fachämter, Politik
- Gezielte Teilinformationen über öffentliche Auslegungen und in der Lokalpresse
- Städtische Zeitungsseite mit Terminen initiieren
- Hamburg.de/Eimsbüttel in Stadtteile unterteilen
- Internetauftritt Eimsbüttel optimieren (Stadtteile)

Woher bekommt der Bürger Informationen (8 Punkte)

Lösungsansätze

- Information in den Medien
- Lokales Fernsehen und Zeitung
- Lokale Berichterstattung bei öffentl. rechtl. Medien (ARD, ZDF)
- Bürgerforum im Lokal-TV zeigen
- Wandzeitung
- Flyer
- Vorhabenbezogene flächendeckende Infotafeln der Verwaltung

Erreichen der Augenhöhe (6 Punkte)

Lösungsansätze

- Verwaltung: Beginn mit „leerem Zettel"
- Anhörung mit ergebnisoffener Diskussion
- Den Bürger verstehen lernen!
- Frühzeitig und auch besonders in den Schulen über die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung informieren!

Verwaltung ohne lokale Verankerung (6 Punkte)

Lösungsansätze

- Ortstermine sind unverzichtbar!
- Kommunale (stadtteilbezogene) Verwaltungseinheiten und Bürgermeister/Vorsteher
- Kommunale und gewählte Bürgerausschüsse mit Entscheidungskompetenz
- gemeinsame Pressekonferenz aller

Sachlicher Austausch der Akteure (5 Punkte)

Lösungsansätze

- Verwaltung muss Offenheit zeigen
- Externe Moderation von Info-Veranstaltungen
- Niedrigschwelliges Beteiligungsinstrument: Online-Befragung
- Neutrale Abwägung und unabhängige Gutachten
- Ross, Reiter und Honorar (Gutachter) benennen!

Ergebnisse der Arbeitsgruppe 4 aus der Perspektivphase (Moderation: Michael Freitag)

Herausforderungen:

Einheitsgemeinde (zusammengefasst 9 Punkte)

Lösungsansätze

- Stärkung der Bezirke
- Stärkung der Regionalbereiche
- bessere Umsetzung der BezVR – Stärkung der Bezirke
- Hamburgische Verfassung ändern, entweder durch Bürgerschaftsbeschluss oder durch Volksentscheid, 2/3-Mehrheit erforderlich. Kommunale Selbständigkeit der Bezirke einführen, Evokationsrecht des Senats abschaffen. § 17 (3) BezVG ändern, Rechte für zugewählte Bürger für eine Legislaturperiode garantieren. Vorteile: Bürger werden in die repräsentative Demokratie eingebunden.
- Schluss mit der Einheitsgemeinde!

Eingeschränkte Sichtweise, nur vor der eigenen Haustür (8 Punkte)

Lösungsansätze

- alle Interessen offen benennen
- Dialog organisieren

Kompromiss -fähigkeit, -bereitschaft, -möglichkeit (8 Punkte)

Lösungsansätze

- offener Dialog, ohne die Vermutung, jeder will nur „seins“ durchsetzen
- Bewegung aller Beteiligten
- Nur wenn die rechtliche Verbindlichkeit von Bürgerentscheiden eingeführt wird, werden sinnvolle Kompromisse möglich.

„Echte“ Begegnung auf Augenhöhe (6 Punkte)

Lösungsansätze

- Öffnung politischer Gremien für Bürgerbeteiligung
- gemeinsame Pressekonferenz aller
- Akzeptanz des qualifizierten Wissens der BürgerInnen durch Verwaltung
- mehr Informations- und Diskussionsmöglichkeiten
- Verbindlichkeit erfolgreicher Bürgerbegehren

Transparenz (zusammengefasst 8 Punkte)

Lösungsansätze

- Vollständige Transparenz in Verwaltung und Gremien
- frühzeitige Information durch Verwaltung „vor Ort“ (regional)
- rechtzeitige Beteiligung der BürgerInnen (Beispiel Uni)
- früher Beteiligungsbeginn
- alle Unterlagen ins Netz
- frühe Bürgerbeteiligung
- Verständlichkeit von Informationen
- Bürgerbeteiligung ab Planungsbeginn
- Schulung der Bürger bezüglich Verwaltungsprozesse

Stadtteile müssen ihre Ziele der großen Stadtplanung unterordnen (4 Punkte)

Lösungsansatz

- mehr Möglichkeiten der Einflussnahme der Gemeinden auf Stadtplanung

Weitere Lösungsansätze

- freie Tagungsorte / freie Publikationen im öffentlichen Raum
- Aktualisierung 80 Jahre alter Baustufenpläne!
- Schluss mit vorhabenbezogenen B-Plänen
- Stadtteilzentren als „Hardware der Bürgerbeteiligung“ stärken
- Aufbau unabhängiger Bürgerorganisationen
- „Instrumente“ und Prozesse, auf die Verwaltung zugreifen kann
- Ressourcen bereitstellen: Zeit, Geld, Personal
- Nachhaltigkeit sichern
- gewählte (von allen) Ortsräte in allen Stadtteilen des Bezirkes
- neue politische Kultur etablieren + politische Bildung

Zusammenführung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen

aus der Kritik- und Perspektivphase

Die intensive Auseinandersetzung in den vier Arbeitsgruppen zu den beiden vorgegebenen Fragestellungen hat eine Vielzahl von einzelnen Herausforderungen bei der Bürgerbeteiligung im Zusammenspiel zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung ergeben. In den einzelnen Arbeitsgruppen wurden bis zu 50 Herausforderungen benannt und in der Arbeitsphase erläutert. Jede dieser Herausforderungen hat dabei ihre Berechtigung und ihren Stellenwert.
Die jeweils zwischen 30 und 50 in den Arbeitsgruppen aufgeführten Herausforderungen zeigen insbesondere die Vielfalt und Bandbreite, die bei der Bewältigung dieses Themas zu beachten ist.
Gleichzeitig kristallisieren sich aus der Vielzahl der benannten Herausforderungen anhand der durchgeführten Bewertung in den Arbeitsgruppen auch einige „Kern-Herausforderungen" heraus. Hierbei zeigt sich ein über alle Arbeitsgruppen ähnliches Bild. Als die elementaren Herausforderungen bei der Bürgerbeteiligung lassen sich somit die folgenden identifizieren:

- Transparenz / Kommunikation
- Augenhöhe / Information
- Vertrauen schaffen / Misstrauen abbauen
- Respektvoller Umgang miteinander
- Sachlicher Austausch
- Kompromissbereitschaft

Ergänzt werden diese durch zwei weitere Herausforderungen. Einerseits die bedeutsame Herausforderung mit dem Spannungsfeld der lokalen und der gesamtstädtischen Interessen sowie auch mit den damit verbundenen Verwaltungsstrukturen und Besonderheiten von Hamburg. Zudem andererseits die grundsätzliche Herausforderung, wann und wo die Bürgerbeteiligung anfängt und was die „richtige" Bürgerbeteiligung ist.
Nahezu alle Arbeitsgruppen haben sich mit sämtlichen der aufgeführten elementaren Herausforderungen auseinandergesetzt und hierfür jeweils unterschiedliche Lösungsansätze diskutiert. Bei den unterschiedlichen Lösungsansätzen erfolgte keine abschließende Diskussion oder Bewertung dieser. Aus diesem Grund ist an dieser Stelle auch keine Zusammenfassung möglich. Jeder Lösungsansatz hat zunächst seine Berechtigung. Dieses gilt auch für die anderen Herausforderungen und deren Lösungsansätze, die lediglich in einzelnen Arbeitsgruppen angesprochen und diskutiert wurden.
Festzuhalten ist, dass in den Arbeitsgruppen eine vielfältige und interessante Diskussion zu dem Thema Bürgerbeteiligung geführt wurde und die einzelnen Akteure die Möglichkeit zum inhaltlichen und sachlichen Austausch unabhängig vom jeweils fachlichen Hintergrund und der individuellen Ausgangssituation ausgiebig genutzt haben. Die Anzahl und Vielfalt der aus den Arbeitsgruppen diskutierten Lösungsansätze bestätigt dieses. Die vier Arbeitsgruppen haben zu den verschiedenen Aspekten der Bürgerbeteiligung teilweise sehr differenzierte Lösungsansätze eingebracht. Anhand der angeführten Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen lässt sich dieser rege Austausch und die geführten Diskussionen nachvollziehen. Die Menge an Lösungsansätzen spricht für sich.
Es ist nun die weitere Aufgabe, die verschiedenen angeführten Lösungsansätze genauer anzuschauen und hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit und Umsetzung zu bewerten. Zu beachten dabei ist, dass sicherlich nicht alle Lösungsansätze in der gewünschten Form überhaupt umsetzbar sind. Lösungsansätze, die strukturelle Veränderungen in Verwaltung bzw. deren Aufbau im Blick haben oder bestehenden gesetzlichen Regelungen

zuwiderlaufen, sind sicherlich – unabhängig von der Sinnhaftigkeit – nur langfristig umsetzbar. Andere Lösungsansätze wiederum sind leichter umsetzbar.
Nahezu allen Lösungsansätzen ist jedoch gemein und dieses gilt auch im übertragenen Sinn für die Beteiligung an sich, dass sie auf allen Seiten – Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – Zeit kostet und Ressourcen bindet.

Schlusswort

Bezirksamtsleiter Dr. Torsten Sevecke

Herr Dr. Sevecke beendet den Workshop mit einer kurzen persönlichen Einschätzung der Veranstaltung.

Drei Punkte sind ihm aus den Impulsreferaten zu Beginn der Veranstaltung besonders in Erinnerung geblieben:

- Die Legitimität von Entscheidungsgrundlagen: Auch bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern müssen Entscheidungen ausreichend demokratisch legitimiert sein.
- Die Dimension von Planungen: Viele Themenstellungen eignen sich zu einer Bürgerbeteiligung, wobei zu berücksichtigen ist, dass Planungen heute vielfältiger sind.
- Durch die Fokussierung von Entscheidungsträgern der Verwaltung auf ihre Zuständigkeitsbereiche werden Zwänge ausgelöst, die bei vielen Beteiligten zu Frustrationen führen. Dies kann und muss durch fachübergreifende Planung überwunden werden.

Was passiert mit den Workshop-Ergebnissen – Wie geht es weiter?

Herr Dr. Sevecke betont, dass dieser Workshop ein gutes Format ist, um das Thema Bürgerbeteiligung zu diskutieren.
Die nächsten Schritte werden die Dokumentation des Workshops und die Auswertung der Ergebnisse für die weitere Arbeit in der Bezirksentwicklungsplanung (BEP) sein. Neben der Arbeit der Arbeitsgruppe „Leitprojekt Qualitätszirkel Bürgerbeteiligung“ wird es verschiedene Info-Veranstaltungen geben, z. B. am 14. Juni 2012 zum Thema Bauleitplanung. Der Austausch in diesem Workshop-Format sollte im nächsten Jahr wiederholt werden. All diese Aktivitäten dienen der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Bezirk Eimsbüttel.
Herr Dr. Sevecke lobt die lösungsorientierte Diskussion der Veranstaltung und bittet die Initiativen und Vereine sich weiter in den Prozess einzubringen. Er ist „guten Mutes, sich weiter zu streiten“ und betont die Wichtigkeit der kritischen Begleitung der Planungsprozesse durch die Bürgerinnen und Bürger.
Abschließend bedankt sich Herr Dr. Sevecke bei allen Beteiligten, besonders bei den Moderatoren der Arbeitsgruppen, bei Frau Fahrenkrug und bei der Vorbereitungsgruppe für die Veranstaltung.

Ausblick

Arbeitsgruppe Bezirksentwicklungsplanung des Bezirksamtes Eimsbüttel

Der BEP-Workshop 2012 hat gezeigt, dass die Bürgerbeteiligung zwar ein sehr komplexes und zum Teil auch kontroverses Thema darstellt, es zugleich aber möglich ist, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung in konstruktiver Weise an einen Tisch zu bringen.
In den Arbeitsgruppen sind die größten Herausforderungen der Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung in Eimsbüttel identifiziert und erste Lösungsansätze skizziert worden. Nicht jeder Vorschlag ist von den zur Verfügung stehenden Ressourcen abhängig: So ist zum Beispiel eine stärkere Wertschätzung für die lokale Expertise der engagierten Bürgerinnen und Bürger erst einmal nicht mit Kosten verbunden. Zugleich ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Beteiligungskultur, die sich aus dem Workshop als wünschenswert ableiten lässt, nur mit einem entsprechenden Personal- und Kostenaufwand gewährleistet werden kann. Bemerkenswert ist hierbei, dass der Wunsch nach einer besseren Bürgerbeteiligung gar kein Grund zur Kontroverse war, sondern eher der gemeinsame Nenner zu sein scheint, auf den sich alle einigen können. Kompliziert wird es erst im Detail:
Wie ist mit den knappen Ressourcen für die Bürgerbeteiligung am besten umzugehen? Sollte man sich auf bestimmte Beteiligungsthemen konzentrieren? Wo steht die Bezirksverwaltung in der Verfahrensverantwortung und der Bringschuld? An welchen Stellen können Politik und Bevölkerung wichtige Impulse für eine lebendige Beteiligungskultur geben?
Das Ziel des BEP-Workshops war, die Bürgerbeteiligung in Eimsbüttel aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten und ein Gesamtbild entstehen zu lassen, um hieraus die wichtigsten offenen Fragen abzuleiten und weitere Entwicklungsschritte planen zu können. Dies ist unseres Erachtens gelungen.
Das Bezirksamt Eimsbüttel wird den eingeschlagenen Weg weiter beschreiten und ein Konzept entwickeln, wie in Anbetracht der rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen die bestmögliche Bürgerbeteiligung gewährleistet werden kann. Dieses Konzept wird in einer Folgeveranstaltung zum diesjährigen BEP-Workshop zur Diskussion gestellt, die für den Sommer 2013 vorgesehen ist.
Wir freuen uns auf eine erneut lebendige und konstruktive Auseinandersetzung mit Akteuren aus Zivilgesellschaft und Politik!

Teilnehmerliste BEP-Workshop 2012

Barta, Daniel
FDP

Becker, Horst
BI Grünes Zentrum Eidelstedt

Beyer, Susanne
Kein Lokstedt 62

Bott, Bettina
Kein Lokstedt 62

Breyvogel, Thomas
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Bulla, Volker
Bündnis 90/ Die Grünen

Conradi, Urban
Bezirksamt - Sozialraummanagement

Duchrow, Dr. Harald
ISEBEK-INITIATIVE für den Erhalt des Grünzuges am Isebekkanal

Düvel, Wolfgang
SPD

Egbers, Susanne
Pro Niendorfer Gehege

Finn, Joachim
Bürgerverein vor dem Dammtor / Pöseldorf e.V.

Flügge, Heinrich
Allianz Schnelsen Nord

Freigang, Ruth
Bürgerinitiative B-Plan 58

Freitag, Michael
Bezirksamt - Sozialraummanagement

Fuhlendorf, Birgit
Bezirksamt - Dezernentin Wirtschaft, Bauen, Umwelt

Führbaum, Mechthild
SPD

Gätgens, Kay
Bezirksamt - Stadt- und Landschaftsplanung

Glunz, Stephan
Bezirksamt - Interner Service

Göller-Meier, Gabriele
Bezirksamt - Stadt- und Landschaftsplanung

Häffner, Karola
Bezirksamt - Stadt- und Landschaftsplanung

Hartwig, Susanne
Bürgerinitiative Interessengemeinschaft Imbekstieg

Hasselmann, Hedwig
Beirat Eidelstedt-Nord

Heimes, Brigitte
BI Grünes Zentrum Eidelstedt

Hellwig, Sören
Initiative Stellinger Deckel

Herfurth, Lars
Niko - Niendorf-Kollau e.V.

Hertel, Hans
Bürger- und Heimatverein Stellingen von 1882 e.V.

Hucke, Dr. Jochen
Senatsverwaltung Berlin

Humburg, Manuel
Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.

König, Michael
Bezirksamt - Sozialraummanagement

Lang, Margrit
BI Grünes Zentrum Eidelstedt

Löning, Petra
SPD

Maier, Dr. Willfried
ehemals Senator für Stadtentwicklung, Bundes- und Europaangelegenheiten in Hamburg

Merstens, Cornelia
Bürgerkomitee Stellingen

Mertens, Gerd
„Der neue Treff“

Meyer, Jens
FDP

Müller, Harald
Bürgerverein Eimsbüttel e.V.

Nemes, Martina
Initiative Stellinger Deckel

Obens, Helga
Bürgerinitiative Grindelhof / AK Bücherverbrennung - nie wieder

Obens, Hartmut
Die Linke

Reinhardt, Beate
Bürgerinitiative Grindelhof

Reuter, Jens
Die Linke

Riensberg, Ragna
Bezirksamt - NaSchEi

Roloff, Astrid
Quartiersbeirat Eidelstedt-Ost

Rust, Rüdiger
SPD

Samtleben, Brigittte
Bezirksamt - Dezernentin Soziales, Jugend und Gesundheit

Schuck, Gudrun
Bezirksamt - Jugend- und Familienhilfe

Schuster, Rolf
Bezirksamt - Stadt- und Landschaftsplanung

Schuttrich, Ellen
CDU

Sevecke, Dr. Torsten
Bezirksamtsleiter

Sovric, Dana
Bezirksamt - Stadt- und Landschaftsplanung

Spreckelsen, Karin
Bezirksamt - Management des öffentlichen Raumes

Stephan, Jan Philipp
Bezirksamt - Stadt- und Landschaftsplanung

Strauß, Barbara
Bezirksamt - Sozialraummanagement

Teske, Marie
BI Grünes Zentrum Eidelstedt

Thiele, Christoph
Bezirksamt - Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt

Thießen, Marianne
Beirat Eidelstedt-Nord

Uchakowa, Anna
Bürgerkomitee Stellingen

Vogt, Axel
Bezirksamt - Sozialraummanagement

von Mossen, Monika
Bezirksamt - Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt

Wiecha, Martina
Bürgerinitiative B-Plan 58

Wüpper, Gunda
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Zachariae, Marie-Luise
BI Emil-Andresen-Strasse

Impressum

Herausgeber

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Presse-und Öffentlichkeitsarbeit
Grindelberg 62-66
20144 Hamburg

Redaktion

Institut Raum & Energie
Institut für Planung, Kommunikation
und Prozessmanagement GmbH
Hafenstraße 39
22880 Wedel

Bezirksamt Eimsbüttel
Arbeitsgruppe Bezirksentwicklungs-
planung

Fotos

Asmus Henkel

Layout

Institut Raum & Energie

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Eimsbüttel
Arbeitsgruppe Bezirksentwicklungsplanung
Grindelberg 62-66
20144 Hamburg
Email: bep@eimsbuettel.hamburg.de